

MEDIEN



Sechs Monate lang müssen Internet- und Mobilfunkprovider die Metadaten von Telekommunikation in Luxemburg speichern.



FOTO: TAYLOR VICK/UNSPASH

VORRATSDATENSPEICHERUNG

„Uns fehlt einfach die Verhältnismäßigkeit“

Interview: Joël Adami

Mit dem Slogan „Big Tanson is watching you“ macht der Chaos Computer Club Lëtzebuerg (C3L) seine Kritik an der neuen Vorratsdatenspeicherung deutlich. Die woxx hat sich mit C3L-Sprecher Sam Grüneisen über Metadaten, schwammige Gesetzestexte und Drogendeals in Naturschutzgebieten unterhalten.

woxx: Der Begriff Vorratsdatenspeicherung war jetzt eine Weile aus der öffentlichen Diskussion verschwunden, obwohl die Praxis weitergeführt wurde. Was ist die Vorratsdatenspeicherung genau und warum sollte man sich als „normale*r Bürger*in“ Gedanken darüber machen?

Sam Grüneisen: Vorratsdatenspeicherung sieht in Luxemburg so aus, dass die sogenannten Metadaten von Telekommunikation sechs Monate lang gespeichert werden. Metadaten sind zum Beispiel bei einem Telefonat die Dauer, die Nummer des Anrufers, die Nummer, die angerufen wurde, eventuell auch die Software des Handys. Metadaten sind quasi alles, was nicht der Inhalt ist. Das wird sechs Monate lang gespeichert, was aber eigentlich illegal ist, denn es gibt gerade keine gültige Rechtsgrundlage dafür und über das neue Gesetz wurde noch nicht abgestimmt. Wer sich ein wenig mit dem Thema auseinandersetzt, merkt schnell, dass nur mit Metadaten Bewegungsprofile erstellt und sozusagen das ganze Leben rekonstruiert werden kann. Diese Erkenntnis war für mich persönlich der Punkt, an dem ich dem C3L beigetreten bin und mich vernetzt habe mit dem deutschen Cha-

os Computer Club und der europäischen Datenschutzvereinigung EDRI (European Digital Rights, Anm. der Red.). Wir kämpfen gegen die Vorratsdatenspeicherung, seit wir uns als C3L gegründet haben – leider ein Kampf gegen Windmühlen.

Als C3L benennen Sie viele Kritikpunkte an dem Gesetzesprojekt, das Justizministerin Sam Tanson kürzlich vorgestellt hat. Einer davon ist, dass die Vorratsdatenspeicherung bereits zur Aufklärung von Straftaten herangezogen werden soll, auf die lediglich ein Jahr Gefängnis steht. Aber die Daten werden doch so oder so gespeichert?

Die Justiz braucht irgendein Mittel, um Kriminalfälle aufzuklären, und die Vorratsdatenspeicherung ist eine der Möglichkeiten, die wir nicht so gut finden, weil es eigentlich Alternativen gäbe. Was uns am meisten stört, ist, dass die Vorratsdatenspeicherung verdachtsunabhängig passiert und die Daten von allen jederzeit gespeichert werden, ohne dass es einen Anfangsverdacht gibt. Unter den Straftaten, für die ein Jahr Gefängnis möglich ist, fällt auch die Beleidigung eines Abgeordneten – da fehlt uns einfach die Verhältnismäßigkeit. Wenn es um jene Taten geht, die auch die Ministerin zitiert hat, wie sogenannte Kinderpornografie oder Terrorismus, dann ist es durchaus gerechtfertigt, diese Daten abzugreifen. Aber dass sie für alle möglichen Straftaten herangezogen werden sollen, finden wir unverhältnismäßig. Das betrifft auch die Speicherdauer von sechs Monaten. Niemand hat je erklärt, warum es

sechs Monate sein sollen – diese Zahl wurde einfach von der alten Regelung übernommen. Kurz zusammengefasst: Die Verhältnismäßigkeit ist nicht gegeben und jeder fällt unter die Vorratsdatenspeicherung.

Wir wissen gar nicht, wie diese Zonen bestimmt werden, wie groß sie sind, ob sie wieder verändert oder rückgängig gemacht werden können.

Künftig sollen die Daten vor allem ortsbezogen gespeichert werden – also, wo besonders viel Kriminalität herrscht. Die genauen Modalitäten sind jedoch nicht im Gesetz festgelegt, was Sie kritisieren ...

Es ist eine große Unbekannte, die Details sind unklar. Die Ministerin sagte, die Vorratsdatenspeicherung sei abgeschafft, außer in verschiedenen Zonen und dort, wo große Menschenmengen zusammenkommen. Diese Zonen sollen von einer ominösen Kommission zusammengestellt werden. Als Beispiel für eine solche Zone, wo die Kriminalität hoch ist, wird das Bahnhofsviertel in Luxemburg-Stadt genannt. Aber wir wissen gar nicht, wie diese Zonen bestimmt werden, wie groß sie sind, ob sie wieder verändert oder rückgängig gemacht werden können. Es ist auch total unklar, was „eine große Menschenmenge“ sein soll. Sind das zehn Leute, die sich in ein Bushäuschen quetschen oder müssen das 100

oder 1.000 Menschen sein? Der Gesetzestext ist sehr schwammig gehalten, sodass man alles hineininterpretieren kann. Die Ministerin meinte auch, dass an Orten, an denen nichts ist, zum Beispiel in einem Naturschutzgebiet, nichts gespeichert wird. Aber die Provider müssen künftig trotzdem die Metadaten jeder Verbindung speichern – was, wenn man sich auskennt, nicht wirklich Sinn ergibt.

Das heißt, als schlauer Drogendealer fahre ich künftig ins Naturschutzgebiet, um meine Telefonate dort abzuwickeln?

Das ist nicht so klar – man könnte ja die Überwachung damit rechtfertigen, Holzklau sei ein großes Problem in unseren Wäldern. Dadurch, dass der Gesetzestext der Justizministerin alles so schwammig lässt und keine klaren Definitionen gibt, kann man nicht endgültig sagen, wo gespeichert wird und wo nicht. Die Zusammensetzung der Kommission, die diese Zonen festlegen soll, ist auch noch nicht geklärt. Sitten da nur Beamte, Polizisten und SREL-Mitarbeiter drin, oder könnten da auch Mitglieder der Zivilgesellschaft teilnehmen? Das ist alles unklar. Dazu kommt, dass diese Kommission nicht öffentlich sein soll und nur alle drei Jahre die Sinnhaftigkeit der Vorratsdatenspeicherung evaluieren soll.

Nach den Parlamentswahlen von 2018 sagte der Piratepartei-Abgeordnete Sven Clement der woxx, nach dem Inkrafttreten der europäischen Datenschutz-Grundverordnung sei mit dem Thema Datenschutz „kein Blumentopf

BIG TANSON



IS WATCHING YOU

Der Spruch erinnert an 1984, die Grafik an die „Zensursula“-Kampagne, mit der deutsche Netzaktivist*innen gegen geplante Internetsperren protestierten.

GRAFIK: C3L

mehr zu gewinnen“, daher habe die Partei das Thema nicht aufgegriffen (woxx 1498). Warum ist es so schwierig, Menschen für das Thema Datenschutz zu gewinnen?

Datenschutz ist für viele ziemlich langweilig und unsexy. Eigentlich geht es ja um ethische Fragen: Wie weit will und kann man wessen Daten schützen? Ich kann mir schon vorstellen, dass es für viele ein langatmiges und trockenes Thema ist. Zudem wird Datenschutz oft als Vorwand benutzt, warum Dinge nicht gehen sollen – das schreckt ab.

Datenschutz ist für viele ziemlich langweilig und unsexy.

Manchmal hat man das Gefühl, dass staatliche Überwachung nichts gegen jene Datenmengen ist, die große Firmen wie Google oder Facebook von uns abgreifen. Dennoch begegnen die meisten Menschen dem eher mit einem Schulterzucken, weil sie keine andere Wahl haben, um am digitalen Leben teilzunehmen.

Genau das ist es. Vor allem die jüngeren Generationen wollen, dass ihre Apps und sozialen Netzwerke einfach funktionieren. Sie wollen mit ihren Freunden in Kontakt bleiben und sich mit Apps wie Tiktok oder Instagram die Zeit vertreiben. AGBs oder Datenschutzerklärungen werden dann natürlich, ohne sie zu lesen, akzeptiert. Ich verstehe das, denn diese Dokumente sind oft sehr lang und kompliziert geschrieben, das will sich als jugendlicher niemand antun. Datenschutz ist kein sexy Thema, besonders nicht für jene, die es am meisten betrifft – Jugendliche. Es ist relativ

schwer, datenschutzsensible Positionen zu vermitteln. Diese „Es soll einfach funktionieren“-Mentalität ist aber auch in vielen Firmen verbreitet. Das merkt man am Beispiel von Videokonferenzsoftware sehr gut, hier haben sich vor allem Dienste durchgesetzt, die nicht sehr viel Wert auf Datenschutz legen.

Wie wünschen Sie sich, soll es mit der Vorratsdatenspeicherung weitergehen?

Als Erstes würden wir uns wünschen, dass die Zivilgesellschaft bei solchen Gesetzen eingebunden wird und die Standpunkte von Datenschützern gehört werden. Das könnten zum Beispiel wir als C3L sein oder die EDRI. Wir haben das Gefühl, dass bei allen den Gesetzen, bei denen es um datenschutzrelevante Themen geht, nur die Polizei oder Beamte befragt werden, aber so gut wie nie eine zivilgesellschaftliche Organisation, die vielleicht viel mehr Ahnung von dem Thema hat. Begrüßen würden wir auch, wenn die Oppositionsparteien sich stärker beim Thema Vorratsdatenspeicherung einbringen und hinterfragen würden, warum so vieles in diesem Gesetz so schwammig formuliert ist. Die Abgeordneten würden aktuell die Katze im Sack kaufen, weil viele Details erst nach der Abstimmung geklärt werden. Egal, wer nach den Wahlen im Oktober an die Macht kommt: Wir wünschen uns, dass die zivilgesellschaftlichen Organisationen mehr in Denkprozesse und Entscheidungsfindungen im Bereich Datenschutz eingebunden werden. Es kommt uns nämlich so vor, als ob im Moment nur Menschen eingebunden sind, die immer strengere Sicherheitskonzepte befürworten. Das führt zwar nicht unbedingt zu mehr Sicherheit, aber auf jeden Fall zu mehr Überwachung.

ITALIEN

Demontage des Antifaschismus

Catrin Dingler

Jedes Jahr am 25. April feiert Italien den Sieg der Partisaninnen und Partisanen sowie der Alliierten über den italienischen Faschismus und die deutschen Besatzer. Die rechtsextreme Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni will das Gedenken umdeuten und den Tag als „Fest der nationalen Aussöhnung“ begehnen.

Als Italien 1955 den zehnten Jahrestag der Befreiung vom Nazi-Faschismus beging, rief Giorgio Almirante, der Mitbegründer des neofaschistischen „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), in einem Beitrag für die parteieigene Tageszeitung „Il Secolo d'Italia“ dazu auf, sich den 25. April nicht als „Fest des antifaschistischen Regimes“ aufzwingen zu lassen und stillzuhalten, „in Erwartung besserer Zeiten (die kommen werden!)“.

Die „besseren Zeiten“ sind jetzt da: Im Parteisymbol der von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni geführten rechten „Fratelli d'Italia“ (FdI, Brüder Italiens) lodert die einst für den MSI entworfene Flamme in den italienischen Nationalfarben. Auf „Facebook“ stellt sich die Regierungspartei unter dem Titel „Von Giorgio zu Giorgia“ offen in die Tradition des Altfaschisten Almirante. Der diesjährige 25. April stand für die FdI ganz im Zeichen einer geschichtspolitischen Umdeutung des Jahrestags.

Die Befreiung Italiens vom Nazi-Faschismus im Frühjahr 1945 war eine doppelte: In Mittelitalien gelang den alliierten Truppen der entscheidende militärische Durchbruch, der die deutsche Besatzungsmacht zum Rückzug zwang. In Oberitalien rief das Nationale Befreiungskomitee, die politische Dachorganisation der italienischen antifaschistischen Widerstandsbewegung, für den 25. April zu Streiks und bewaffneten Aufständen auf. Die Partisaninnen und Partisanen kamen aus den Bergen und kämpften in Genua, Turin und Mailand gleichzeitig gegen die Nazi-Besatzer und die italienischen Faschisten. Der Widerstand der Resistenza war von politisch unterschiedlich motivierten Gruppen getragen worden, die eher eine Minderheit der Bevölkerung repräsentierten. Erst in diesen letzten Kriegstagen

entwickelte sie sich zu einer größeren Volksbewegung, die die Demokratisierung Italiens einleitete. Der 25. April steht als nationaler Feiertag symbolisch für den Beginn der antifaschistischen Nachkriegsrepublik. Diesen Zusammenhang betonte Staatspräsident Sergio Mattarella vergangene Woche in seiner Ansprache: „Die Frucht des 25. April ist unsere Verfassung.“

Von der Ausarbeitung dieser Verfassung blieben die Faschisten ausgeschlossen, die am Gardasee unter dem Schutz der deutschen Militärmacht bis in die letzten Apriltage 1945 für die Aufrechterhaltung der Italienischen Sozialrepublik von Salò, wie sich der faschistische Satellitenstaat nannte, gekämpft hatten. Ohnehin lehnten sie die neue parlamentarische Demokratie ab. In den 1960er-Jahren forderte Almirante die Einrichtung eines Präsidialsystems. Diesen Vorschlag haben die FdI inzwischen neu eingebracht. Für Faschisten bleibt der 25. April ein „Trauertag“, an dem sie der Erschießung des Diktators Benito Mussolini am 28. April 1945 gedenken. Mit den Bildern der in Mailand an den Füßen aufgehängten und zur Schau gestellten Leiche des Diktators beginnt zugleich die Geschichte der neofaschistischen Diskreditierung der Resistenza als einer Bande von Verbrechern.

Melonis antikommunistischer Patriotismus ist nicht rückwärtsgewandt, er zielt vielmehr auf die nähere Zukunft.

In den Nachkriegsjahren hat Almirante als MSI-Vorsitzender seine antiantifaschistische Haltung in einem aggressiven Antikommunismus ausgedrückt. Den Widerwillen gegen den Antifaschismus gaben die neofaschistischen Jugendorganisationen an Almirantes politische Nachkommen weiter. Salonfähig wurde der Antiantifaschismus 1994, als Silvio Berlusconi die mutmaßlich zu „Postfaschisten“ geläuterten Neofaschisten in sein erstes rechtes Regierungs-

Eindeutige Handbewegung:
Pappfiguren auf einer Demonstration
am 1. Mai in Turin; sie stellen Italiens
Premierministerin Giorgia Meloni
und ihren Stellvertreter Matteo
Salvini dar, die beide der extremen
Rechten zuzuordnen sind.



FOTO: EPA-EFE/ALESSANDRO DI MARCO

bündnis integrierte. Damals begann parallel die Abwertung der Resistenza sowie die bis heute andauernde politische und kulturelle Aufwertung des Faschismus, dessen Verbrechen bagatellisiert und dessen vermeintliche Verdienste glorifiziert werden. Knapp 30 Jahre später sind die Erben der neofaschistischen Flamme zur stärksten politischen Kraft geworden und propagieren ihr revisionistisches Geschichtsbild in den höchsten Regierungs- und Staatsämtern.

Senatspräsident Ignazio Benito La Russa provozierte schon vor dem 25. April mit dem alten Vorwurf, die kommunistischen Partisanen hätten mit ihrem Vorgehen die als „Vergeltung“ deklarierten Massaker der deutschen Besatzungsmacht zu verantworten. Insbesondere das Attentat auf eine aus Südtirolern bestehende Polizeieinheit in der römischen Via Rasella im März 1944 – die Hauptstadt war noch in deutscher Hand –, dem die Erschießung von 335 Zivilisten durch die Nazis in den Ardeatinischen Höhlen folgte, sei „alles andere als eine rühmliche Seite“ der Widerstandsbewegung.

Über die „unrühmlichen“ Seiten des Faschismus verliert der Mann, der sich einer umfangreichen Sammlung von Mussolini-Büsten rühmt, kein Wort. Am diesjährigen 25. April flog La Russa zu einem Treffen der europäischen Parlamentspräsidenten nach Prag, besuchte dort das Konzentrationslager Theresienstadt und legte am Wenzelsplatz an der Gedenkstätte für Jan Palach, der sich 1969 aus Protest gegen die Niederschlagung des Prager Frühlings verbrannt hatte, einen Kranz nieder. Die Gleichsetzung von Nazi-Faschismus und Kommunismus bildet die Grundstruktur der jüngeren rechtsextremen Geschichtspolitik.

Dementsprechend präsentierte Ministerpräsidentin Meloni ihre Umwertung des 25. April in einem offenen Brief an die Tageszeitung „Corriere della Sera“ als Totalitarismuskritik. Die parlamentarische Rechte habe schon längst „mit jeder Nostalgie für den Faschismus“ gebrochen und sich zu Demokratie und Freiheit bekannt. Die Beweislast liege nunmehr bei denjenigen, die sich weigerten, den Tag der Befreiung als ein Fest der „natio-

nen Aussöhnung“ zu begehen und weiterhin Unterschiede zwischen den totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts machten. Als Zeugin ihrer Auslegung zitiert Meloni Paola Del Din, die knapp 100-jährige Widerstandskämpferin der „Brigade Osoppo“, der Lai-zisten, Sozialisten, Monarchisten und Katholiken angehörten, mit den Worten: „Die Zeit hat uns zu Partisanen gemacht, aber wir waren Patrioten.“

In Wirklichkeit hat der linke Antifaschismus der patriotischen Umdeutung des 25. April wenig entgegengesetzt.

Melonis antikommunistischer Patriotismus ist jedoch nicht rückwärtsgewandt, er zielt auf die nähere Zukunft: Außenpolitisch will sie ihr antitotalitäres Profil schärfen, um in den osteuropäischen Ländern mit einer Putin-kritischen Haltung für die rechtsextreme Fraktion „Europäische Konservative und Reformer“ (EKR) zu werben, die sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im kommenden Jahr zum Sieg führen will. In Italien desavouiert Meloni derweil den Antifaschismus der Nachkriegsjahre. In der Kritik an der militanten Linken werden die „gefallenen Kameraden“ der „bleiernen“ 1970er-Jahre („anni di

piombo“) zu Opfern stilisiert, die Beteiligung der „Fratelli“ an neofaschistischen Gedenkveranstaltungen wird gerechtfertigt. Zugleich wird jeglicher Protest gegen die rechte Regierung, ihre Jugendorganisationen und die militanten außerparlamentarischen Gruppen, wie „Casa Pound Italia“ und „Forza Nuova“, als Gefahr wiederkehrender linksterroristischer Gewalt stigmatisiert.

In Wirklichkeit hat der linke Antifaschismus der patriotischen Umdeutung des 25. April wenig entgegengesetzt. So skandalös die revisionistischen Geschichtsdarstellungen der Regierung auch sind, so hilflos ist deren wiederholte Skandalisierung. Für eine Petition, die den Rücktritt La Russas aus dem zweithöchsten Staatsamt erzwingen sollte, wurden 75.000 Unterschriften gesammelt, sie blieb aber ohne Wirkung. Am 25. April trafen sich in Mailand 100.000 Menschen zur alljährlichen antifaschistischen Demonstration. Doch mit Veranstaltungen eher rituellen Charakters lässt sich die politische Demontage des Antifaschismus nicht aufhalten.

Es gibt praktisch nur noch kleine Initiativen, die in ihrem lokalen Umfeld zwar wichtig sind, aber nichts an den politischen Kräfteverhältnissen zu ändern vermögen. Das heißt nicht, dass die Wiederkehr eines faschistischen Regimes droht, doch wird die Regierung innerhalb der demokratischen Ordnung ihren erneuerten sogenannten „postfaschistischen“ Kurs bei-

halten: tödliche Abschottungspolitik gegen Flüchtlinge an den Grenzen, Härte gegen Erwerbslose, die zu prekärer Beschäftigung gezwungen werden, Härte gegen Gefangene, die keine Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu erwarten haben, und Härte gegen Migrantinnen und Migranten, bei deren Ausbeutung der Staat nicht hinschauen möchte. Wenn die antifaschistische Tradition wiederbelebt werden kann, dann nur aus den Konflikten der Gegenwart.

Zum diesjährigen 25. April betonen mit größerer Dringlichkeit als in früheren Jahren jene, die noch von der historischen Resistenza erzählen können, deren gesellschaftsverändernden Impuls. Luciana Castellina schrieb in der von ihr mitgegründeten linken Tageszeitung „Il Manifesto“, dass das Außerordentliche der Partisanenbewegung nicht allein im Widerstand gegen den Nazi-Faschismus bestanden habe, sondern in ihrem Mut, sich als Ziel eine neue Welt vorzustellen.

Catrin Dingler arbeitet als freie Journalistin und Sozialwissenschaftlerin zwischen Stuttgart und Rom.